



## Medien mit Streikphobie

Im Vergleich zu Arbeitskämpfen in Frankreich oder Italien wirken Tarifauseinandersetzungen hierzulande eher moderat. Auch bei den Streiktagen pro Beschäftigten liegt Deutschland immer noch weit hinten im Vergleich zu anderen Industrienationen. Dies hat die Kapitalverbände in den aktuellen Auseinandersetzungen nicht davon abgehalten, die Gewerkschaften „zur Mäßigung“ aufzurufen und von der Politik weitere Einschränkungen des Streikrechts zu fordern.

Unterstützung erhalten sie hierbei von einer Reihe ihnen nahestehender Medien. So klagte das „Hamburger Abendblatt“ über einen „gefühlten Generalstreik“, nachdem ver.di und EVG Ende März gemeinsam mit dem Beamtenbund zum Auftakt der dritten Verhandlungsrunde zu einem gemeinsamen 24-stündigen Ausstand aufgerufen hatten. Die „Mediengruppe Bayern“ phantasierte von „Folterwerkzeugen der Gewerkschaften“ und der „Berliner Tagesspiegel“ schimpfte, der Warnstreik sei „nicht verhältnismäßig“. Das „Handelsblatt“ sah die Deutschen gar in „Geiselnhaft“.

Wem kommt da nicht Brechts Zitat in den Sinn: „Der reißende Strom wird gewalttätig genannt. Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt niemand gewalttätig“, wenn auf so dreiste Weise Ursache und Wirkung in der medialen Berichterstattung verwechselt werden?

Die Verhältnisse im öffentlichen Dienst bestätigen, was man aus anderen Wirtschaftssektoren kennt. Den sogenannten „Arbeitgebern“ – ob privat oder öffentlich – fehlt jede Bereitschaft, ihren Beschäftigten einen Ausgleich für die inflationsbedingten drastischen Reallohnverluste zu gewähren. Dabei steht insbesondere den Beziehern von gerin-



Foto: Thomas Range

gen und mittleren Einkommen – trotz Gaspreibremse und „Entlastungspaketen“ – das Wasser bis zum Hals.

Gleichzeitig verbuchen DAX-Konzerne zur Freude ihrer Aktionäre Rekordgewinne. Dennoch weigert sich Bundesfinanzminister Christian Lindner kategorisch, über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Änderung bei der Erbschaftsteuer oder andere Abgaben für Reiche und Superreiche auch nur nachzudenken. Kein Wunder, dass die Wut im Land wächst.

Zu welchem materiellen Ergebnis auch immer die laufenden Tarifbewegungen führen: ein Ergebnis liegt jetzt schon vor. Ein längst verschüttet geglaubtes Bewusstsein der eigenen Stärke ist zurückgekehrt. Die Kolleginnen und Kollegen – nicht nur im öffentlichen Dienst – haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie sich nicht mehr alles gefallen lassen. Erste Schritte, dass man auch in den deutschen Gewerkschaften wieder ein paar Worte „Französisch“ spricht, sind getan.

### \*Wofür steht „AZ“?

Ob Schlosserin oder Krankenpfleger, Ingenieurin oder Fahrradkurier, Azubi oder Rentnerin, Erwerbsloser, Studentin, Künstlerin oder Friseur - unsere „Arbeiter\*Zeitung“ steht im Kampf zwischen Arbeit und Kapital an der Seite aller Arbeitenden (m/w/d).

Sie steht zugleich in der Tradition von „ArbeiterZeitungen“ der KPD in den 20er und der „OAZ“ der DKP OS in den 70er Jahren.

Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust! Darum: Nicht jammern, sondern organisieren - z. B. in Gewerkschaften, Mieterschutz, Sozialverbänden, Initiativen ...

# Verhandeln - Abrüsten - Umrüsten - Klimaneutral Frieden gewinnen - Nicht den Krieg!

Unter diesem Motto trafen sich am Samstag, den 8. April um 11 Uhr etwa 100 friedensbewegte Menschen zum ersten richtigen Oster“marsch“ nach der langen Corona-Pandemie. Sie zogen vom Theaterplatz durch die Innenstadt unter den zentralen Aussagen: „Die weltweiten Kriege bringen nur Tod und Leid. Sanktionen und Waffenlieferungen beenden keinen Krieg. Zukunft gibt es nur miteinander.“

Dafür waren auch wir von der DKP auf der Straße. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA), der Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI), den Naturfreunden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Die Rednerin der VVN-BdA sprach über die Angst vieler Menschen vor einem Dritten Weltkrieg und forderte einen „Waffenstillstand zur Beendigung der Kampfhandlungen“, denn: „wir glauben nicht, dass weitere Waffenlieferungen oder ein Wirtschaftskrieg Frieden schaffen werden...“ Mit Blick auf die Gewinne und steigenden Aktienkurse der Waffenkonzerne fragte sie: „Wer bezahlt diesen Krieg?“

Die OFRI erinnerte an den Westfälischen Frieden vor 375 Jahren: dieser



zeige, „dass Friedensverhandlungen und diplomatische Lösungen nur dann gelingen können, wenn auf Kriegshetorik und militärische Eskalation verzichtet wird“. Sie zitierte auch aus dem Vermächtnis der kürzlich verstorbenen Mitbegründerin der „Grünen“, Antje Vollmer, deren Hinweise „auf das von Deutschland betrogene Vertrauen Gorbatschows mit seinen Hoffnungen von einem gemeinsamen Europa, auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien und auf die deutsche Außenministerin als schrillste Trompete der Nato-Strategie unserer Tage.“ Die Vertreterin der „Naturfreunde“ sprach u. a. über die zusätzliche Schädigung der Natur und des Klimas

durch Aufrüstung, Kriegsvorbereitungen und Krieg. Die Sprecherin des DGB kritisierte die horrenden Staatsausgaben für Bundeswehr und Aufrüstung, während gleichzeitig Politiker in der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst fordern, „dass sich die Beschäftigten in den Kliniken bei finanziellen Schiefen mit Gehaltsverzicht beteiligen sollen“.

Der Ostermarsch setzte ein Zeichen gegen Sanktionen und Waffenlieferungen, gegen Aufrüstung und Kriegshetze. Gewerkschaftsfahnen auf den Ostermärschen, Friedenstauben auf den Mai-Demonstrationen – Friedenskampf und soziale Bewegungen sind zwei Seiten einer Medaille.

## Kommentar: „Neue OZ“ auf Kriegskurs?

In der Ukraine sterben täglich Menschen, auf beiden Seiten – doch westliche Medien, auch die „Neue OZ“, weisen jede Opposition gegen die „Zeitenwende“, also gegen den scharfen Konfrontations- und Aufrüstungskurs gegen Russland aufschärfte zurück – so wie es in der Logik jeden Krieges liegt...

Nach der Medienschelte gegen das „Friedensmanifest“ von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer geht es nun weiter gegen den Appell „Frieden schaffen! Waffenstillstand und gemeinsame Sicherheit jetzt!“ - initiiert unter anderem vom Historiker und Willy-Brandt-Sohn Peter Brandt, unterstützt von vielen Menschen vor allem aus SPD und Gewerkschaften, darunter auch dem Osnabrücker IG Metall-Bevollmächtigten Stephan Soldanski und anderen Osnabrückern. „Wir ermutigen den Bundeskanzler, zusammen mit Frankreich insbesondere Brasilien, China, Indien und In-

donesien für eine Vermittlung zu gewinnen, um schnell einen Waffenstillstand zu erreichen“ - für NOZ-Redakteur Tobias Schmidt ist dies ein „grotesker Vorschlag“, der klinge wie „ein verquaster Vorschlag, sich Putin zu ergeben, und an den Westen, dabei auch noch zuzusehen“ (NOZ, 3.4.2023). Die NOZ scheut sich, den Friedensappell zu dokumentieren, gibt aber auf Seite 1 dem ehemaligen Botschafter in Berlin und jetzigen stellvertretenden Außenminister der Ukraine, Andrij Melnik - einem bekennenden Fan des Nazi-Kollaborateurs und Antisemiten Stefan Bandera - breiten Raum für seine „scharfe Kritik“ an diesem Appell.

Im Kern geht es um die Frage, ob es einen „Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa“ nur „mit Russland“ und unter Berücksichtigung auch der russischen Sicherheitsinteressen geben kann – wie es der Appell formuliert - oder ob ein „Sieg-

frieden“ der aktuellen ukrainischen Staatsführung (auch gegen die russischen Minderheiten im eigenen Land, auf der Krim und im Donbass) anzustreben ist, wie es die Regierungen der westlichen Großmächte (und ukrainische Nationalisten wie Melnyk) meinen.

Die Geschichte des Ersten und Zweiten Weltkrieges – beide von Deutschland geführt mit dem Feindbild „der Russe“ und mit dem Ziel, die Völker zunächst des Zarenreiches, später der Sowjetunion zu unterwerfen und zu kolonisieren – liefert reiches Anschauungsmaterial zu dieser Frage. Doch wer nicht aus der Geschichte lernen will, muss ihre Fehler immer wiederholen...

Achim Bigus

**Der „Friedensappell“ von Peter Brandt und anderen ist aufrufbar unter: [friedenschaffen.net](https://friedenschaffen.net)**

# „Zeit für Widerstand“:

## Festival der Jugend 2023

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) führt am Pfingst-wochenende dieses Jahres zum ersten Mal seit vier Jahren wieder das „Festival der Jugend“ im Jugendpark in Köln durch. Unter dem Motto „Zeit für Widerstand“ haben Jugendliche des ehrenamtlichen Organisationsteams zusammen mit vielen befreundeten Gruppen ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt.

Vom 26. bis 29. Mai gibt es neben politischen Workshops und Vorträgen, Lesungen und Diskussionsrunden auch ein spannendes Freizeit- und Kulturangebot mit Konzerten, Filmvorführungen und Sportevents. In diesem Jahr geht es dabei unter anderem um Antimilitarismus, die steigende Kriegsgefahr, Inflation, Gewerkschaftsarbeit, Umwelt und Klimawandel.

Die vier Tage bieten eine tolle Gelegenheit, mit Gleichgesinnten aus ganz Deutschland und Schwesterorganisationen aus Frankreich und Großbritannien in Kontakt zu kommen, sich untereinander über aktuelle politische Themen auszutauschen

und gemeinsame Aktionen zu planen. Abgesehen vom politischen Programm sind auch die Konzerte am Samstagabend absolute Highlights. Der Kölner Cloudrapper LGoony sorgt ab 21 Uhr auf der Hauptbühne für Stimmung, und auch die Jungs von 42 sind am Start - die erste Chance, die Songs ihres neuen Albums NEW WORLD live zu hören.

Es wird also eine ganze Bandbreite an Aktivitäten und Themen geboten, die nicht nur für Jugendliche interessant sind. Die gesamte Veranstaltung ist nicht-kommerziell und ehrenamtlich organisiert. Jeder, für den es finanziell

möglich ist, kann das Festival mit einem Soli-Ticket oder einer Spende beim Crowdfunding unterstützen.

Für Tagesbesucher ist der Eintritt kostenlos. Dauertickets mit Campingplatz, Frühstück und Mittagessen gibt es für 28 Euro (40 Euro Soli) bei allen örtlichen SDAJ-Gruppen, auf Anfrage per Mail an [info@festivalderjugend.de](mailto:info@festivalderjugend.de) und natürlich vor Ort.

**Genauere Infos:**  
[www.festivalderjugend.de](http://www.festivalderjugend.de)

**SDAJ Osnabrück bei instagram:**  
[@sdaj\\_osnabrueck](https://www.instagram.com/sdaj_osnabrueck)



## Politik & Kultur uz shop

Bücher | Broschüren  
T-Shirts | Pullover  
Fahnen | Halstücher  
Taschen | CDs | DVDs  
Tassen | Antiquariat  
und vieles mehr



8. Mai – Tag der BEFREIUNG VON FASCHISMUS UND KRIEG  
Montag, 8. Mai, ab 18:00 Uhr  
Denkmal „Der Gefesselte“  
(an der Kunsthalle, Bierstraße, Osnabrück)

Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA), Omas gegen Rechts, Queerreferat der Universität Osnabrück, DGB

Mittwoch, 10. Mai, ab 17:30:  
Verbrannte Bücher – verbrannte Demokratie: Zum 90-jährigen Gedenken an die Bücherverbrennung durch die Nazis am 10. Mai 1933  
Sommerbühne – Großspielplatz, Ecke Lerchenstr. / Haster Weg

Veranstalter: Omas gegen Rechts, DGB, VVN-BdA, Netter Quartier, Friedensgarten Osnabrück



# Autovision: Erster Streik in der Leiharbeit

**„Dann kann ich jetzt doch in den Urlaub fahren!“ Die Arbeitenden bei der AutoVision freuen sich über das Tarifergebnis. Und sie sind stolz, zu Recht: sie haben am 27. März Geschichte geschrieben mit dem ersten Streik in der Geschichte der Leiharbeitsfirma AutoVision.**

Früher einmal, da war Leiharbeit im Volkswagen-Konzern vielfach eine Brücke zur Übernahme in die Stammebelegschaft. Das änderte sich ab 2015 („Dieselkrise“): Volkswagen baute Tausende Jobs über Entlassung („Abmeldung“) von Leiharbeitern ab.

Besonders war auch: mit der „Charta der Zeitarbeit“ hatte Volkswagen 2012 den Grundsatz „equal pay“, also „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, anerkannt - zumindest im Prinzip. Doch jetzt

wollte AutoVision in den Tarifverhandlungen den Arbeitenden die 3.000 Euro Inflationsausgleich verweigern.

Diese Behandlung als Beschäftigte „zweiter Klasse“ ließen sich die Leiharbeitenden nicht gefallen. Sie brachten ihren Unmut in einer Abteilungsversammlung zum Ausdruck – nicht nur mit diesem „Tarifangebot“, sondern auch mit Problemen bei Arbeitskleidung, Abrechnungen etc. In den Betriebsversammlungen bei Volkswagen betonten sowohl der Betriebsratsvorsitzende Gerd Schrader als auch der Sprecher der Vertrauensleute Achim Bigus die Solidarität der Stammebelegschaft mit den Autovisionern – unter großem Beifall der Belegschaft.

Doch erst die Warnstreiks in Emden, Hannover und Osnabrück brachten den Durchbruch in den

anschließenden Tarifverhandlungen. Das Management von AutoVision hatte zu hoch gepokert, hat dabei aber wertvolle Bildungsarbeit geleistet. Die Leiharbeitenden haben die Lektionen begriffen: gemeinsam sind wir stärker, und wenn unser starker Arm es will...

## ----- Impressum:

**Osnabrücker  
Arbeiterzeitung  
Herausgeberin:  
DKP Osnabrück**

**ViSdP: Achim Bigus  
Website:  
osnabrueck.dkp.de**

**Hinweise, Kritik, Lob?  
Wir freuen uns über Zuschriften  
an: osnabrueck@dkp.de**